

Erscheint täglich
sonntags mit Ausnahme der
Sommer- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 50 J. 1/2 jährl. 1.50 J.
vierteljährlich 1.00 J. Durch-
schnittlich 1.65 J.

„Die Neue Welt“
(Anschlagsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar. Ist
monatlich 10 J., 1/2 jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zittau,
Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geißeustraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraphen-Nr. 1047

Telephon-Nr. 1047

Nr. 251

Halle a. S., Mittwoch den 27. Oktober 1897.

8. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Der kommende Mann. Ueber Herrn v. Bülow, in dem man den nächsten Reichskanzler sieht, urteilt eine Korrespondenz für Zentrumsblätter: „Von Herrn v. Bülow sagt man, er wäre lieber in Rom geblieben. Wir fürchten, er wird sich noch öfter dahin zurückziehen. Gute Freunde von der Feder haben ihn vorzeitig als ein Universal-Genie gepriesen, seine Klugheit, Gewandtheit und Berechnung, seine große Energie und Gott weiß was noch alles sollen geradezu phänomenal sein. Im Interesse des Herrn v. Bülow hätte man diese Reklame besser unterlassen, denn wer zu große Erwartungen erregt hat, enttäuscht sie zu leicht. Vor allem im Reichstage ist man nach jeder Richtung stark abgegriffen und läßt sich nicht so leicht imponieren. Bewährt sich Herr v. Bülow, so soll es uns aufrecht freuen. Daß die Welt sich während seines Provisoriums erneuert habe, wird man freilich kaum finden. In St. Petersburg und Pest, wo er doch dabei war mit seinem Klate, ist sogar Verschlebung vorgenommen, das auch obenauflage hatte unterleben können, ohne daß das Deutsche Reich Schaden davon gehabt hätte. Die Besserung unseres Verhältnisses zu Rußland wird Herr v. Bülow kaum auf seine Rechnung schreiben wollen: die war längst vorbereitet.“

Vor der Frist nennt der ehemalige Reichsgerichtsrat Otto Mittelstaedt eine in Form von 6 Briefen abgefaßte Broschüre, welche demnächst erscheinen wird und woraus der erste Brief in der neuesten Nummer der Zukunft bereits abgedruckt ist. Herr Mittelstaedt, der sich selbst einen „überzeugungstreuen Monarchisten“ nennt, steht der monarchischen „Autokratie“ sehr pessimistisch gegenüber. Er ist des Vorgesetzten über die Persönlichkeit des gegenwärtigen Kaisers, aber gerade in dessen allzu wohlmeinenden Handeln sieht Herr Mittelstaedt eine Gefahr. Jedenfalls habe, der Kaiser durch die wechselnde Methode seiner Politik, die anfangs gerade dem vierten Stande vorzugsweise Gunst zu verheißten schien, um ihn dann als einen Haufen von Hebeln mit allen Mitteln sozialdemokratischer Agitation zu bekämpfen, hauptsächlich die Sozialdemokratie mehr gefördert als geschwächt.“

Und immer wieder ein Geschenk an die Junker. Der Bundesrat hat beschlossen: für denjenigen Brautwein, der mit dem allgemeinen Denaturationsgesetz denaturiert wird, ist vom 1. November 1897 ab statt der bisherigen Brennsteuererstattung von 0,015 M. eine solche von 0,025 M. für jedes Liter reinen Alkohols zu gewähren.“

Diese „Viebsgabe“ wird also vermehrt um genau 1 M. pro Hektoliter. Im Vertriebsjahr 1895/96 waren 808 300 Hektoliter für gewerbliche Zwecke abgegeben — behält diese Zahl auch für das kommende Vertriebsjahr, so bedeutet diese Erhöhung des Vergütungssatzes ein Ertragsgegenstand für die Brautweinbrenner von **808300 M.** Aber selbstverständlich wird diese Erhöhung der Prämie dazu führen, ein größeres Quantum Spiritus für gewerbliche Zwecke abzugeben, folglich wird auch die Mittelstaedts Summe eine höhere sein und wohl schon im ersten Jahre über eine Million hinausgehen! Um sie zu beden, wird man die andere Steuerfahndung stärker ansetzen müssen. Es ist wirklich etwas Großartiges in die „nationalen“ Schnaps- und Schmelzpolitik, die die Verrenten der Armen immer mehr belastet und ihnen die Lebenshaltung schwerer macht, um Geld für Viebsgaben an die ebelfnen Krantjunker übrig zu behalten.

Agaritisches Vettelvolk. Die Kreuz Zeitung meldet: „Der Minister des Innern hat auf Anregung des östpreussischen landwirtschaftlichen Zentralvereins eine Anordnung in den Bestimmungen über den Arbeit der Strafgefangenen erwachsenden Gewinn einzutren lassen. Er hat bestimmt, daß der sonst mit 40 Pfg. für den Tag und Kopf berechnete Arbeitslohn für die im Saatenbau verwendeten älteren und schwächeren Gefangenen auf die Hälfte herabgesetzt werde. Der Zentralverein hatte gewünscht, daß auf Gewinn aus der Arbeit von Gefangenen überhaupt Verzicht geleistet würde.“

Dieses Vettel, bemerkt dazu der Vorstand, die Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um den Preis der landwirtschaftlichen Produkte hinauf zu schieben und dadurch ihren Profit zu vergrößern, wollen andererseits nicht einmal den geringen Betrag bezahlen, den der Staat für die Beschäftigung der Gefangenen verlangt. Eine noble Vettel-schiff!

Man müßte wahrlich auch in den Kreisen der Regierung begreifen, daß es die Grundbesitzer des Ostens selber sind, die das Land entvölkern. Leute, denen selbst die Gefangenenarbeit zu halben Preisen noch zu teuer ist, werden selbstverständlich nicht den kleinen Finger rühren, um die Lage ihrer freien Arbeiter zu verbessern und die notwendig höchst elende Lage des Landarbeiters; diese ist die Hauptursache des Juges nach der Stadt, worüber die Herren Grundbesitzer insbesondere des Ostens so koweliglich jammern.

Eingeschwenkt ist der Wg. Barth in Bezug auf seine Haltung zur Marinepolitik. Bisher war er und mit ihm die Freisinnige Vereinigung Befürworter der Flottenpläne; jetzt spricht er in seinem Blatte, die Nation, von dem „unanglücklichen Gedanken des Marineexpansions“. Und in der That ist es einfach ein unerhörtes Verlangen, daß der jetzige Reichstag, für den der Rath schon gezimmert wird, Budgetbeschlüsse vornehmen soll auf 7 Jahre, so daß der jetzigen im nächsten Sommer zu wählende Reichstag während seiner ganzen Amtsdauer kein Wort mehr dreinsprechen dürfte.

An Kolonialforderungen kündigt der Hamb. Cour. weiter eine Vermehrung der Geschäfte für die Schutztruppe in Südwestafrika an. Die schon seit dem Frühjahr ins Auge gefaßte Umwandlung der Polizeitruppe in Trago in eine kaiserliche Schutztruppe wird jetzt nicht in Vorschlag kommen. Dem Vernehmen nach wird damit gewartet werden, bis das Tagelohngeld gänzlich auch nach der englischen Seite hin abgemindert ist. Doch scheint es, daß im neuen Etat eine Vergrößerung der dortigen Truppe vorgeschlagen werden soll.

Die Denkmalsentwürfe geben der Köln. Ztg. Anlaß zu scharfen Bemerkungen. Das Blatt sagt, die Entwürfe von Kaiserdenkmälern hätten sich so an, daß ihnen außerhalb des Ortes keine Bedeutung mehr beigemessen wird. Außerdem äußere das Verlangen solcher Feiertage auf einen Wertung unanglückliche wirtschaftliche Folgen. Das Hamburger Bismarckblatt bezeichnet diese Klage als „nur zu berechtigt“.

Zur Charakteristik der Militärvereine. Der Ortsvorsteher Schulte in Rahmsch ist beauftragt durch den Landrat v. Stillingen seines Amtes entsetzt worden, weil er an eine Sozialdemokratin, die Witwe Palmer, eine Wohnung in seinem Hause vermietet hatte. Die Ruffamerei ist aber noch weiter gegangen. Auf Befehl des Bezirkskommandos zu Potsdam ist Schulte nun auch aus dem Kriegervereine ausgeschlossen worden auf Grund des folgenden an den Ortsvorsteher Herrn Engel in Jersich gelangten Schreibens:

„Wenn der frühere Gemeindevorsteher Schulte noch dem Kriegervereine angehört, so ist derselbe daraus sofort zu entfernen.“

Zugleich wurde dem Kriegervereinsvorstande bedeutet, daß unverzüglich der erhaltene Schlüssel Schultes dem Bezirkskommando anzuzeigen ist. Demnach wurde verfahren und unterm 17. Oktober an Schulte folgendes Schreiben gerichtet:

„Auf Befehl höherer Behörden sind Sie jetzt aus dem Kriegervereine entlassen. Der Vorstand hat sich also herausgenommen, einen Kriegerverein einfach zu kommandieren, als ob dieser unter seinem Oberbefehle stünde. Daß es damit der Kriegerverein zugleich zu einem Reichstreich gegen sein bisheriges Mitglied veranlaßt, da Herr Schulte Anspruch an die Kasse des Vereins sich erworben hat, wollen wir dem Bezirkskommando nicht einmal zu sehr antehnen; denn wenn ich nicht bemerkt hätte, daß es Privatvertrauen, wie es doch der Kriegervereine sind, gar nichts zu befehlen hat, so kann man bei ihm eine Kenntnis von bürgerlichen Rechtsverhältnissen, wie sie zwischen Vereinen und ihren Mitgliedern bestehen, wie sie zwischen nicht voraussetzen. Bezeichnend ist es, was Kriegervereine sich demüthigen unzulässigen Eingriffen unterwerfen. Dieser Vorgang wird für Kriegervereinsmitglieder, die noch etwas auf sich halten, ein Grund sein, Vereinen, die sich zu betriebligen Hypothetisierungen aus politischen Gründen hergeben, den Rücken zu kehren.“

Der fällige Bahnunfall. Am Sonntag früh ist bei der Haltestelle Mierhorst bei mit Vieh beladene Güterzüge zum Verunglückten. Der letzte Wagen eines Güterzuges gelobten, der auf rote Geleis übergeführt wurde. Die erste Maschine des Güterzuges wurde stark beschädigt; vom Güterzug wurden fünf mit Heuwaren und Rots beladene Wagen zerronnen. Von dem Vieh erlitten ziemlich viele tödliche Verletzungen. Die Geleise waren bis Mittag gesperrt.

Die Eisenbahner rühren sich. Eine erfreuliche Nachricht kommt aus Dresden. Mit der Begründung, daß sie dienstlich überbürdet seien, weigerten sich mehrere Beamten des Inpersonals, den Dienst anzutreten. Die Weigerung wurde von ihnen zu Profitsoll erklärt. — Von anderer Seite wird hierzu gemeldet, die betreffenden Beamten hätten nur geteilt, um Dienst entbunden zu werden.

Erfolge muß sein. Das preussische Kriegsministerium hat dem Parrer Steffen in Marternwerber die Besorgung für die katholischen Mannschaften der Garnison entzogen und sie einem Geistlichen aus Gumbinnen übertragen. Beim letzten Kaisergeburtstage hatte der Parrer Steffen im Festzuge der katholischen Mannschaften des Gebirgsregiments nicht Erwähnung gefast. Als darüber Beschwerde beim

Interessante
beträgt für die geographische
Zeitschrift oder deren
16 J., für Wohnungs-
Verkehrs- und Verkehrs-
angelegenheiten 10 J.
Im reaktionären Teile
folgt die Seite 50 J.
Interate für die fällige
Kammer müssen spätestens
vormittags 1/10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Ver-
zeichnungsliste unter Nr. 1000.

Rommando erhoben wurde, äußerte der Parrer, wenn Kaisergeburtstag wirklich ein hoher Feiertag sei, dürfe derselbe nicht mit Kräftelagen und Lärm seinen Abschluß finden. Dies gab dem Kriegsminister Anlaß zu der erwähnten Maßregel.

Ueber 400 Faber sind bereits in München verurteilt worden. Der sozialdemokratische Antrag auf Begnadigung der behauerten Leute ist vom Justizminister dahin beantwortet worden, daß vielleicht einzelne begnadigt werden könnten, aber auf keinen Fall eine generelle Begnadigung in Aussicht stehe.

Begen Großherzogabteilung war angefaßt der Kaiser Eugen Bär aus Meersburg. Er hatte in einem Briefwechselgespräch geäußert, 1848 habe der Großherzog das Land verlassen. Die Strafammer in Konstantin erkannte jedoch auf Freisprechung, da nicht ersichtlich sei, welchen Großherzog Bär gemeint habe. Traurig genug, daß solche Männer als Richter erst Stundenlang über einen Verhältnissachsch verhandeln müssen.

Ausland.

Oesterreich. In Ungarn wird von der Regierung ein Gehirnenwurf vorbereitet, der das Rechtsverhältnis der ländlichen Arbeiter zu ihren Arbeitgebern regeln soll. Nach dem Gesetze, der in der ungarischen Regierung herrscht, dürfte das Gesetz weniger zum Schutze als zur Ausbeutung der Landarbeiter dienen.

Parteinachrichten.

Der Hamburger Parteitagbeschluss über die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen führt durch die Annahme des bekannten Amendements fortgesetzt zu Auseinandersetzungen in Parteikreisen. Jeder legt das unglückliche Amendement in seiner Weise aus und jeder behauptet, seine Auslegung sei die richtige. So behauptet Auer in einem Briefe an die Weissenfelder Volksmacht, trotz Annahme des Amendements ist es möglich, daß in Ermangelung eigener Wahlmänner die Parteigenossen schon bei der Wahlmännerwahl für freisinnige Wahlmänner eintreten. Dieser Auffassung tritt Singer mit Recht entgegen. Aus tiefer längerer Darstellung sei folgendes hervorgehoben:

Da die Annahme und Bindung mit anderen Parteien nicht abgeschlossen werden dürfen, so müssen unsere Genossen, da wo sie sich beteiligen — entsprechend der Fassung bei der Wahltagwahl — eigene Wahlmänner-Kandidaten aufstellen — kommt es hierdurch bei den Urwahlen zur Stichwahl zwischen bürgerlichen Parteien — dies die Antwort auf die Frage, was zu tun man unsere Genossen in der engeren Wahl für diejenigen Wahlmänner-Kandidaten, die sich verpflichtet haben, nur solche Männer zu Abgeordneten zu wählen, welche unsere für die Wahltagwahl geltenden Bedingungen erfüllen. Dies wäre der erste Teil des Wahlgeschäfts. In dem Wahlmänner-Konferenzen würde es ebenso gehen. Zunächst eigene Abgeordneten-Kandidaten, die sich durch die sozialdemokratischen Stimmen für die Kandidaten die sich auf unsere vom Parteitag festgesetzten Bedingungen verpflichten. Da nicht alle Punkte für den preussischen Landtag in Frage kommen, so würden die nur den Wahltagwahlmännern die Punkte anzufragen können. Am besten würde es übrigens wohl sein, wenn die Parteigenossen die Bedingungen feststellten, unter denen bei Stichwahlen — gleichgültig ob bei Wahlmänner- oder Abgeordnetenwahl — am preussischen Landtag sozialdemokratische Stimmen für gewerbliche Parteien abgegeben werden dürfen. Auf diese Weise wird der Parteitag durch unsere Partei erfüllt, und der Hamburger Beschluss ausgeführt werden können.

— Eine sozialdemokratische Parteiverammlung in Weissenfeld hat den Beschluss des Hamburger Parteitages, insofern er sich den Bedingungen des Bündnisses mit anderen Parteien unbedingt verpflichtet und eine Stimmabgabe für freisinnige Wahlmänner dort unterlag, wo die Sozialisten nicht selbständig vorgehen können, für insofern und praktisch unbrauchbar. Der Beschluss des Parteitages müsse geändert und durch etwas Bemerkunges ersetzt werden.

— In Berlin rufen sich die Parteigenossen zu den Stadtverordnetenwahlen. Auch die Frauen werden namentlich zur Herbeiführung stämmiger Wähler herangezogen werden.

Arbeiterbewegung.

Die Töpfer in Raasdorf beschließen, vom 28. d. Mts. ab auf Warten nur noch zu arbeiten, wenn Fenster (Wassenteller) vorhanden sind. Uebertal wo solche nicht anwesend sind, werden sie nicht arbeiten. Diese Forderung wird zur Giltigkeit der Gemeindefeit gestellt. Die Firma Gogot hat nunmehr den Tarif anerkannt.

In der Brauereifabrik von Tüdel u. Jädel in Leipzig haben sämtliche Arbeiter wegen Minderzahlung eines Kollegen die Arbeit eingestellt.

Die Brauer in Erlangen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern 20 M. Mindestlohn, einhändige Arbeitszeit, Bezahlung der Lebenskosten und Wohnungslohn.

Ausland.

Frankreich. Ein Frauenausschuss droht in Paris auszugehen. Es sind die Arbeiterinnen der wachsenden Damenübermäcker, die in dieser Richtung ihren Es haben, welche deshalb auch als die Geburtsstätten der neuen Woden angelesen werden müssen. Trotz des Gesetzes, das die Dauer der Frauenarbeit beschränkt, lassen die Betriebsinhaber ihre Geschäften bis 10 oder 11 Uhr Abends arbeiten. Was die Arbeitslosen angeht, sind die Arbeiterinnen in Wagnissen beschuldigt, der Arbeitslosigkeit Recht zu geben.

Stadtverordneten-Sitzung

vom Montag, den 25. October, nachmittags 4 Uhr.
Vorstand: Stadtv. Richter Dittenberger.
Eingekommen ist Petition der Besitzer des Grundstücks...

Lokales und Provinzielles.

Dalle a. Z., 26. October 1897.

Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt sich gestern in geschlossener Sitzung mit dem Verkauf von Terrain an den Justizpalast...

Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt sich gestern in geschlossener Sitzung mit dem Verkauf von Terrain an den Justizpalast...

Das die Aufbahrung der Leiche vom 7. März 1896 nebst Nachtrag vom 18. Juni 1896 auch über den 21. März 1898 hinaus in Kraft zu verbleiben hat...

Das die Aufbahrung der Leiche vom 7. März 1896 nebst Nachtrag vom 18. Juni 1896 auch über den 21. März 1898 hinaus in Kraft zu verbleiben hat...

Das die Aufbahrung der Leiche vom 7. März 1896 nebst Nachtrag vom 18. Juni 1896 auch über den 21. März 1898 hinaus in Kraft zu verbleiben hat...

Unser schönes Kommunal-Wahlgesetz. Wie unheimlich die nachste Selbsttheorie in Dreiklassenwahl-

Einem neuen Desprapresidenten soll die Provinz Sachsen in der Person des Herrn v. Wüthrich erhalten, des früheren Staatssekretärs...

Die hiesige Musik wurde aufgenommen: Der Schmalz-Orchester aus Bitterfeld...

Erwerb von Land vom Grundstück Glandauerstraße 17. Es wird der Antrag des Magistrates...

Erwerb von Land vom Grundstück Schützenstraße 6. Dem Eigentümer, Baumrentner Max...

Das die Aufbahrung der Leiche vom 7. März 1896 nebst Nachtrag vom 18. Juni 1896 auch über den 21. März 1898 hinaus in Kraft zu verbleiben hat...

Das die Aufbahrung der Leiche vom 7. März 1896 nebst Nachtrag vom 18. Juni 1896 auch über den 21. März 1898 hinaus in Kraft zu verbleiben hat...

Manuskripte.

Roman von Nikolaus Kraus.

„Oh, Sie können Sie nicht?“ lachte Fabernwald. „Man sieht, daß Sie in unseren Kreisen noch gar nicht bekannt sind...“

„Das ist ein sehr angenehmes Gefühl, das man empfindet, wenn man in einem anderen Beleg...“

„D. bitte, bitte.“ flüsterte Fabernwald, „und uns nur eine Etre sein.“

